

Fr. Neue Presse 21.05.2012

Erst Klagen, dann Lärmschutz

Aktionsbündnis gegen das Autobahnkreuz Frankfurt-Ost will Widerstand mobilisieren

Ende Februar erfolgte der Planfeststellungsbeschluss für den weiteren Bau der Bundesautobahn A 66 Fulda-Frankfurt- Wiesbaden sowie die Abschnitte Riederwaldtunnel und Autobahndreieck Erlenbruch. Mit einer Begehung der Trasse wollte ein Aktionsbündnis gegen das Autobahnkreuz noch einmal auf die Folgen des Großprojektes hinweisen.

Seckbach.



Friedhelm Ardelt-Theek, Sprecher des Aktionsbündnisses, erklärt mögliche Auswirkungen des Ausbaus.

Eigentlich fordert Friedhelm Ardelt-Theek immer das Gleiche, gestern wie auch vor einigen Jahren. Der Sprecher des Aktionsbündnisses "Unmenschliche Autobahn", das sich gegen den Bau des Autobahnkreuzes Frankfurt-Ost A 66 / A 661 ausspricht, hat sich damit abgefunden, dass die Mehrheit der Bevölkerung für das Verkehrsprojekt ist. An den Forderungen seines Bündnisses hält Ardelt-Theek dennoch fest: "Von Bund und Land bekommen wir immer wieder zu hören, was wir denn noch alles wollen. Doch wir sagen stets das Gleiche. Stadt und Land sind es, die nur Stückwerk abliefern und ständig nachbessern müssen."

Erst Einhausung

Auch um nochmals klar zu machen, was das Aktionsbündnis genau fordert, veranstalteten Ardelt-Theek und Mitstreiter gestern Nachmittag eine Begehung der Trasse. Vom Platz in der Heinz-Herbert-Karry-Straße direkt oberhalb der A 661 zwischen Bornheim und Seckbach ging es entlang der Autobahn bis kurz vor das Frankfurter-Volksbank-Stadion, dort wo der Riederwald-Tunnel unter der A 661 durchstoßen soll. Hier fordert das Bündnis, dass erst mit dem Tunnelbau begonnen werden dürfe, sobald vor Lärm schützende Einhausungen baureif, also planfestgestellt seien. "Alles andere wäre ein Schildbürgerstreich", meinte Ardelt-Theek.

Der Sprecher des Aktionsbündnisses verwies auf eine Einhausung ähnlich jener um die Autobahn A 3 bei Aschaffenburg-Goldbach. "Finanzieren könnte man sie vielleicht über ein auf dem Dach errichtetes Solarkraftwerk", so Ardelt-Theek.

Er schätzt, dass die betroffene Bevölkerung im Frankfurter Osten einen ausreichenden Lärmschutz letztlich nur durch Klagen erzwingen könne: "So läuft nunmal das Geschäft. Erst nach Klagen gibt es Lärmschutz." Stadt und Land, so der Sprecher, ließen es darauf ankommen, nachträglich für Lärmschutzmaßnahmen sorgen zu müssen. "Das kommt sie in der Regel billiger, als wenn sie gleich dafür sorgen."

Umplanungen erwartet

In Sachen Lärmschutz ist aus Sicht des Aktionsbündnisses noch vieles völlig ungeklärt. "Unmenschliche Autobahn" hatte den Berechnungen vom Land Hessen eigene Gutachten entgegengestellt, die mit weit höheren Verkehrsbewegungen und Geschwindigkeiten kalkulieren als die Behörden.

Ardelt-Theek schätzt somit, dass dies zu Umplanungen der Rampen vom Autobahndreieck Erlenbruch zum Riederwald-Tunnel führen kann, auch weil das hessische Verkehrsministerium für die Autobahnen A 661 und A 66 im Frankfurter Osten zwei neue und voneinander getrennte Planfeststellungsverfahren durchführen möchte.

In Sachen Erlenbruch führte das Aktionsbündnis den Teilnehmern der Trassenbegehung vor Augen, was die Behörden anstellen, ohne dass sie zeitlicher Druck zum Handeln zwingt. Vier gesunde Bäume wurden hier für Kabelsucharbeiten gefällt. Auch Gärten entlang des Erlenbruchs und des Teufelsbruchs seien gekündigt worden und liegen nun schon länger brach. "2010 sollte die Autobahn-Ostumgehung fertig sein. Doch seit Jahren ist der Bau nicht entscheidend voran gekommen", kritisiert Autobahngegner Ardelt-Theek.

Die Stadt Frankfurt war lediglich in Person von Thomas Dorn, Grünen-Fraktionsvorsitzender im Ortsbeirat 11 (Fechenheim, Riederwald, Seckbach), der bereits ein Moratorium zugunsten der Einhausung befürwortet, sowie durch den Grünen-Stadtverordneten Helmut Ulshöfer vertreten. Letzterer kritisierte vor allem, dass jüngst Bohrungen, Untersuchungen und andere Arbeiten entlang der Trasse ausgeschrieben worden seien. "Und dies, ohne das Druck für vollendete Tatsachen herrscht", so Ulshöfer.bki